

Ein langes Leben für die Berliner Politik

Ella Barowsky starb im Alter von 95 Jahren

Sie trug praktisch alle Auszeichnungen, die Berlin zu vergeben hatte, war Ehrenvorsitzende der Berliner FDP, engagiert und politisch aktiv bis ins hohe, ja höchste Alter: Ella Barowsky, die ehemalige Schöneberger Bezirksbürgermeisterin. Am gestrigen Dienstag ist sie, 95-jährig, in Berlin gestorben.

Die zierliche Frau mit dem charakteristischen Hütchen, ihrer Erscheinung zum Trotz auch „Big Ella“ genannt, war eine Berliner Institution – vermutlich die letzte Politikerin, die noch aktiv am Wiederaufbau Berlins nach dem Krieg beteiligt war. Als promovierte Nationalökonomin und LPD-Stadtverordnete stieg sie rasch zur Rechnungsdirektorin im Schöneberger Bezirksamt auf, war maßgeblich an der Umsetzung der Währungsreform und der Einführung der Westmark in den Westsektoren beteiligt und amtierte von 1951 bis 1955 als Bürgermeisterin. Später war sie Stadträtin in Wilmersdorf, saß als Exponentin des linksliberalen Flügels ihrer Partei lange im Abgeordnetenhaus, war Direktorin des Lette-Vereins und führend tätig in der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit sowie, der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und wurde 1977 zur Stadtältesten ernannt.

Zu ihren runden Geburtstagen kamen stets die Granden der Bundes-FDP. Mit 88 hielt sie die Festrede zum 50. Jubiläum der Freiheitsglocke, deren Einweihung sie wegen einer Erkrankung verpasst hatte. Kurz darauf kämpfte sie für das Volksbegehren zur Neuwahl nach dem Bankenskandal, energisch, klarsichtig, stets druckreif formulierend, ein wandelndes Lexikon der Berliner Nachkriegsgeschichte. Parlamentspräsident Walter Momper hat ihr zum 90. Geburtstag noch einen besonderen Ehrentitel gewidmet: „Ein Juwel unserer Stadt.“ *bm*



Ella Barowsky

Bankenskandal kann Berlin doch noch Milliarden kosten

Sarrazin sieht nun Risiken bis zu 8,3 Milliarden Euro
Senator setzt auf Verkauf der Fondsimmobilien

VON ULRICH ZAWATKA-GERLACH

Nur unter günstigen Bedingungen reichen die Einnahmen aus dem Verkauf der früheren Bankgesellschaft aus, um die Risiken von Immobilienfonds abzudecken, die in den neunziger Jahren aufgelegt wurden. Nach neuen Schätzungen der Finanzverwaltung müssen bis zur Abwicklung der Fonds zwischen vier und 8,3 Milliarden Euro aus dem Landeshaushalt gezahlt werden. Für die Landesbank bekam Berlin 4,6 Milliarden Euro.

Sollte es gelingen, die 38 400 Mietwohnungen und 3250 Gewerbeobjekte aus den Fonds schnell zu verkaufen, könnten die Risiken an der unteren Grenze bleiben. Im Oktober will die landeseigene „Berliner Immobilien Holding“ (BIH) erste Immobilienpakete auf einer internationalen Fachmesse in Berlin anbieten. Wenn die Strategie nicht aufgeht und das Land auf den – teilweise leerstehenden – Wohnungen, Hotels, Kinos, Supermärkten, Büros, Tankstellen und Seniorenheimen sitzen bleibt, werden bis zur Abwicklung des letzten Fonds 2032 über acht Milliarden Euro fällig. Für überaus großzügige Gewinnzusagen und Garantien, die beim Fondsverkauf abgegeben wurden.

Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) wollte die Zahlen gestern nicht bestätigen. Aber er sagte dem Tagesspiegel, dass in einem vertraulichen Bericht an den Vermögensausschuss des Abgeordnetenhauses verschiedene Szenarien dargestellt werden. „Die Zahlen variieren: Je nach Berechnungsmethode (Bar- oder Nominalwert), optimistischer oder pessimistischer Betrachtung und mit oder ohne vorzeitigem Verkauf der Immobilien.“ Dagegen hält der Grünen-Finanzexperte Jochen Esser „alles zwischen fünf und acht Milliarden Euro bei der Risiko-

abschätzung für realistisch“. In seinem neuen Papier habe Sarrazin die bisherigen, zu optimistischen Zahlen korrigiert.

Der Senator hatte zuletzt „nur“ vier bis sechs Milliarden Euro genannt. Sein Ziel: Möglichst viele Fondsanteile zurückzukaufen, um Garantiezahlungen und Gewinnausschüttungen einzusparen und in den Fondsgesellschaften wichtige Beschlüsse durchzusetzen. Etwa den Verkauf von Immobilienpaketen oder die vorzeitige Auflösung der Fonds.

Bisher war dies an ebenso widerspenstigen wie gut organisierten privaten Fondszeichnern gescheitert. Zurzeit versuchen die Vertreter des Landes Berlin, in den Fonds die großzügigen Minderheitenrechte bei Abstimmungen auszuhebeln. Allerdings hat das Landgericht Nürnberg die Streichung des Minderheitenschutzes Anfang September in einem ersten Urteil für nichtig erklärt.

Problematisch ist auch die mangelnde Attraktivität und Werthaltigkeit vieler Immobilien, die in den Fonds stecken. Das Risiko, dass Berlin mehr draufzahlen muss, als der Bankverkauf eingebracht hat, ist also vorhanden. Nicht nur die Grünen, auch CDU und FDP fordern seit Wochen, die geplante Rücklage entsprechend aufzustocken.

Sie wollen dafür 723 Millionen Euro aus einer stillen Einlage des Landes bei der Investitionsbank Berlin (IBB) verwenden. Der Senat will dieses Geld aber in den Berliner Haushalt für 2008 stecken.

Sarrazin will möglichst viele Anteile zurückkaufen um Garantiezahlungen einzusparen

Blaues Wunder



Diodenkunst. Elf leuchtende Installationen wurden bis gestern im Tiergarten aufgebaut. Sie bilden die Ausstellung „Licht Berlin“, die den Park von morgen bis zum 7. Oktober in neue Farben tauchen soll.

Foto: dpa

Streit um ein berühmtes Stalin-Opfer

Darf ein Preis den Namen Walter Linses tragen?

Der Berliner Jurist Walter Linse war vor 1945 offenbar tiefer in das Nazi-Regime verstrickt als bisher bekannt. Diese auf jüngsten Archivrecherchen basierende Erkenntnis präsentierte der Historiker Klaus Bästlein gestern in Berlin: Linse war NSDAP-Mitglied und in Chemnitz für die Arisierung jüdischer Betriebe in Chemnitz zuständig. Die Diskussion um das spätere Opfer des Stalinismus war entbrannt, als der Förderverein der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen im Juni einen mit 5000 Euro dotierten Walter-Linse-Preis ausgelobt hatte. Martin Gutzeit, Landesbeauftragter für Stasi-Unterlagen, hält es „nicht für sinnvoll, Linse zur Ikone zu machen“.

Die spektakuläre Entführung Linses durch die Stasi am 8. Juli 1952 hatte in West-Berlin eine Welle der Solidarität ausgelöst: Am 10. Juli demonstrierten 25 000 Berliner vor dem Rathaus Schöneberg für seine Freilassung. Linse hatte für den „Untersuchungsausschuss freier Juristen“ Informationen über die DDR-Wirtschaft gesammelt, wofür er von einem sowjetischen Militärtribunal wegen Spionage zum **Walter Linse** Tode verurteilt und am 15. Dezember 1953 in Moskau hingerichtet wurde. Er war das letzte Opfer der stalinistischen Terrorwelle. Seit 1950 waren 923 Todesurteile an Deutschen vollstreckt worden.

Der 1903 in Chemnitz geborene Linse war jedoch nicht nur seit 1940 Mitglied der NSDAP, sondern als „Arisierungsbe-



Walter Linse

ANZEIGE

* bei Rückgabe im wiederverwendbaren Zustand erstatten wir 1 Euro Pfand
Lieferung in Berlin 5,- Euro
zapf karton 61061
Neu: € 2,50 gebraucht € 2,- Rückgabe € 1,-

auftragter“ bei der Industrie- und Handelskammer Chemnitz seit 1938 maßgeblich an der Entzerrung von 200 jüdischen Be-